

**Rede
von**

Dr. Dörte Liebethuth, MdL

zu TOP Nr. 22

Erste Beratung

**Den Erwerb selbstgenutzter Immobilien
vereinfachen!**

Antrag der Fraktion der AfD – Drs. 19/244

während der Plenarsitzung vom 12.10.2023
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den eigenen vier Wänden lässt es sich selbstbestimmt wohnen. Im eigenen Haus oder der eigenen Wohnung zu leben, ist weiterhin der Traum vieler, gerade junger Familien in Niedersachsen. Das erlebe ich auch in meiner Heimat im Landkreis Verden. Gleichzeitig nehme ich wahr, wie schwierig es in der aktuellen Lage geworden ist, diesen Traum zu verwirklichen.

Wo stehen wir heute? Mehr als die Hälfte der Menschen in Niedersachsen lebt bereits in Wohneigentum. Damit ist die niedersächsische Quote deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Aber das reicht uns noch nicht!

Unser Ziel ist es – trotz Zinswende, gestiegener Finanzierungskosten, Inflation und gestiegener Baukosten – Wohneigentum wieder für mehr Menschen *bezahlbar* zu machen.

Eine Förderung – z. B. für junge Familien – muss zielgerichtet, wirksam und finanzierbar sein. Der hier vorgelegte Vorschlag ist das nicht, würde aber massive Einnahmeausfälle für Bund und Länder bedeuten.

Ich will gern auf eingehen, warum der vorliegende Vorschlag nicht geeignet ist:

Erstens. Das im Antrag vorgeschlagene Modell würde das bereits komplizierte Einkommensteuerrecht noch komplizierter machen und ebenso das – bisher noch vergleichsweise klare – Grunderwerbsteuerrecht. Es würde einen erheblichen Verwaltungsaufwand verursachen, weil beispielsweise gezahlte Grunderwerbsteuer fünf Jahre lang nachgehalten und die Selbstnutzung kontrolliert werden sollen.

Zweitens. Gerade Familien mit mittleren Einkommen zahlen häufig zwar hohe Sozialbeiträge, aber nur vergleichsweise wenig Einkommensteuer. Sie würden deshalb vom vorgeschlagenen Modell nur eingeschränkt profitieren. Profitieren könnten vor allem Personen mit hohem Einkommen, für die die Grunderwerbsteuer sicherlich nicht der entscheidende Faktor ist. Wie bei so vielen Fördermaßnahmen, die über die Steuer umgesetzt werden sollen, reden wir also vor allem über Mitnahmeeffekte – bei gleichzeitig hohem zusätzlichen Verwaltungsaufwand.

Das im Antrag vorgeschlagene Modell ist also ungeeignet, die eigenen vier Wände wieder für mehr junge Familien *bezahlbar* zu machen.

Lassen Sie uns in stattdessen neu denken, wie wir die eigene Wohnung, das eigene Haus wieder für mehr junge Familien *bezahlbar* machen können.

Dass die Bundesregierung die Eigenheimförderung erweitern, höhere Einkommensgrenzen und eine höhere Förderung will, geht in die richtige Richtung. Lassen Sie uns da anknüpfen, um Wohnen in den eigenen vier Wänden wieder für mehr Menschen, gerade junge Familien bezahlbar zu machen!